

Kein Geld für Pegel – wird die Polizei der Zukunft schon jetzt kaputtgespart?

Auch wenn nach der diesjährigen Bundestagswahl eine Vielzahl von Auswerte- und Schlussfolgerungspapieren zum Wahlergebnis geschrieben, veröffentlicht und hoffentlich gelesen wurden, scheint der 23. Februar 2025 für einige Politiker inzwischen so weit entfernt zu sein, dass man sich nicht mehr erinnern kann oder möchte.

Daher hier noch mal zum Nachlesen und Merken die wesentlichste Schlussfolgerung: Die Angst um die Sicherheit und diese Angst nicht ernst zu nehmen, war wahlentscheidend. Deshalb mein dringender Appell an alle politisch verantwortlichen Menschen: Einen Fehler ein einziges Mal zu machen, ist zwar ärgerlich, aber noch verzeihbar. Bitte lernen Sie aus diesem Fehler und machen nicht wieder und wieder und wieder diesen Fehler, denn das wäre bekanntlich dumm!

Die neue Bundesregierung hat ihre Schlussfolgerungen aus der Bundestagswahl gezogen. Sicherheit ist das Schwerpunktthema dieser Legislatur. Das bedeutet, dort werden massive Investitionen getätigt, um bereits bestehende Strukturen zu stärken und auszubauen. Gesetzesänderungen, um präventive und repressive Maßnahmen der Sicherheitsorganisationen zu ermöglichen, werden beschleunigt. Mehr Personal ist in die Sicherheitsbehörden einzustellen und auszubilden. Hierzu notwendige Ausbildungsstätten wie die Zollakademie in Rostock werden in ausreichender Größe gebaut. Das bestehende Personal ist zu motivieren und weiterzuentwickeln. Die Handlungsfähigkeit des Staates beim Thema Sicherheit ist ab sofort sicherzustellen. Oder kurz gesagt: Massive Haushaltsmittel werden in die Polizei und andere Organisationen investiert.

Ostrich-Effekt

Und auch, wenn neben der Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) viele maßgebliche Mitglieder der Landesregierung bei den Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen der neuen Bundesregierung dabei waren, scheint man trotzdem eine Vogel-Strauß-Politik in MV beim Thema Sicherheit betreiben zu wollen. Allzu gern werden Tatsachen und Fakten ignoriert oder – Achtung Ironie – man meint zu glauben,

nur, weil etwas woanders ein Fakt ist, muss es bei uns ja nicht auch gleich stimmen.

Ich kann es mir anders nicht erklären, denn das Thema Sicherheit muss doch die derzeitige Landesregierung beschäftigen. Und trotzdem wird in Mecklenburg-Vorpommern das Problem augenscheinlich ignoriert, nicht thematisiert, ausgesessen und/oder geleugnet. Niemand kann doch ernsthaft glauben, dass die Bundestagswahlergebnisse in MV mit der derzeitigen Landespolitik nichts zu tun haben. Oder hat man das parlamentarische Gestaltungsinteresse und die Kraft, um Gesetze zu reformieren, verloren? Glaubt man, dass die zukünftigen Landtage und Landesregierungen die Probleme schneller und einfacher lösen können, weil sich die parlamentarischen Mehrheiten ändern? Oder nur auf den Landeshaushalt bezogen: Will man sich in Zeiten knapper Kassen aus der Verantwortung stellen, wenn man sagt, der Staat muss bei sich und nicht beim Bürger sparen (ähnlich Finanzminister Heiko Geue [SPD]). Das bedeutet in letzter Konsequenz beim Thema Sicherheit: Lieber Wähler, kümmere dich selbst um deine Sicherheit. Der Staat will für Sicherheitsorganisationen und damit deine Sicherheit kein Geld ausgeben.

Ein Held ist, wer einen Euro spart, auch wenn es zwei Euro kosten wird

Unterhält man sich mit den für die Haushaltspolitik verantwortlichen Abgeordneten, bekommt man ein sehr düsteres Bild zur Zukunft der Landespolizei. Innenminister Christian Pegel (SPD) kann sich weder durchsetzen noch findet er Verbündete in der rot-roten Landesregierung für die Polizei. Es geht nicht nur um aktuelle massive Haushaltseinsparungen, auch mittelfristig werden die Finanzmittel nicht ansatzweise ausreichen, um die Polizei zukunftsfähig zu machen. Der Ist-Zustand der Landespolizei kann bestenfalls eingefroren werden, da die Finanzzuweisungen schlicht keine positiven personellen und materiellen Veränderungen ermöglichen. Der Polizeishaushalt ist zukünftig in Teilen strukturell unterfinanziert. Bereits geplante notwendige Investitio-

nen können damit aufgrund fehlender Haushaltsmittel nicht erfolgen. Verträge, die bereits geschlossen wurden, werden wahrscheinlich finanziell nicht gedeckt werden können. Mitarbeiter der Landespolizei werden Einsparungen erleben, wie sie sie in ihrem beruflichen Leben noch nie erlebt haben. Die Folgen jahrelanger Einsparungen und Nichtinvestitionen kann man beim Straßenbau oder der Bahn sehr gut beobachten. Bestehendes wurde so massiv kaputtgespart, dass es am Ende komplett neu beschafft werden muss. Die Kosten betragen aber dann ein Vielfaches der eingesparten Summe.

Soll so die Zukunft sein?

Um sich die Zukunft selbst schönzureden, könnte man mit etwas Galgenhumor diese Auswirkungen für die Zukunft der Polizei mit positiven Worten in etwa so beschreiben: Wenn man ganz unten ist, dann kann es nur noch bergauf gehen.

Ich jedenfalls möchte nicht erleben, dass zukünftige Polizeigenerationen die Organisation frustriert verlassen oder gar nicht erst bei der Polizei anfangen, weil sich Mecklenburg-Vorpommern keine Mitarbeitergewinnung und -förderung leisten kann. Ich will keine Gesundheitsprävention in Form von Fußstreifen, weil der Sprit-Haushalt am Jahresanfang bereits ausgeschöpft ist. Ich möchte nicht, dass marode Polizeigebäude als Filmstätten dienen, wenn man eine echte DDR-Kulisse braucht. Ich will keine Polizeifahrzeuge mit Oldtimerstatus. Ich möchte fehlende Schießstätten und damit fehlende praktische Handlungssicherheit nicht als neues Deeskalationsmodell schön geredet bekommen. Ich will keine Digitalisierung, die nur aus einem Computer ohne Software besteht. Um nur einiges zu nennen, was ich nicht möchte.

Nun liegt es aber an den Politikern der rot-roten Landesregierung unter Manuela Schwesig, wie die finanzielle Zukunft der Polizei in Mecklenburg-Vorpommern aussieht. Um es nochmals zu wiederholen: Die Angst um die Sicherheit und diese Angst nicht ernst zu nehmen, ist wahlentscheidend. Sie haben Ihre und unsere Zukunft in der Hand.

Euer Christian Schumacher



Minister Pegel! Sind unsere Tarifbeschäftigten noch geschützt?

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sah sich am 12. März 2025 veranlasst, mit Nachdruck auf die strategischen Entscheidungen des Innenministers Christian Pegel (SPD) hinzuweisen, die im Rahmen der aktuellen Organisationsänderung in der Landespolizei getroffen wurden. Wir möchten unmissverständlich klarstellen, dass wir eine starke Erwartungshaltung an den Innenminister haben: Es darf bspw. nicht sein, dass Tarifbeschäftigte durch diese Reformen finanziell benachteiligt werden! Die „Eckpfeiler“ dieser Veränderungen müssen so gestaltet werden, dass sie die Entgelte unserer Tarifbeschäftigten nicht gefährden.

GdP-Landesvorsitzender Christian Schumacher: „Die Tarifbeschäftigten sind der Anker unserer Polizeiarbeit. Ihre Expertise, ihr Engagement und ihre tägliche Arbeit sind unverzichtbar für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Ihre Leistungen dürfen nicht durch strategische Entscheidungen infrage gestellt oder gar entwertet werden. Daher erwarten wir, dass alle Maßnahmen und Änderungen so gestaltet werden, dass sie keine negativen Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Beschäftigten haben. Da-



Foto: Internet GdP-NRW

her ist es nicht nur eine Frage der Fairness, sondern auch der Wertschätzung, dass ihre Entgelte gesichert bleiben.“ Wir fordern den Innenminister eindringlich auf, sicherzustellen, dass alle Schritte transparent und rechtzeitig kommuniziert werden und dass die Belange aller Beschäftigten von Anfang an in den Entscheidungsprozess einfließen. Eine Reform, die insgesamt auf dem Rücken derjenigen ausgetragen wird, die tagtäglich

für unsere Sicherheit sorgen, ist nicht akzeptabel!!!

Die GdP erwartet demzufolge klare Zusagen und verbindliche Garantien, dass kein Tarifbeschäftigter sein Entgelt aufgrund dieser organisatorischen Veränderungen verliert.

Wir stehen bereit, um konstruktiv an Lösungen zu arbeiten – jedoch immer mit dem Fokus, die Rechte und Interessen unserer Mitglieder zu wahren. ■

Ein Hoch auf 40 Jahre – und einen Tag weniger!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute feiern wir ein ganz besonderes Ereignis: das 40-jährige Dienstjubiläum unseres geschätzten Kollegen, Herrn Müller! Ein wahrer Veteran, der die Höhen und Tiefen unserer Landespolizei durchlebt hat. Doch während wir uns auf die Feierlichkeiten vorbereiten, gibt es einen kleinen Wermutstropfen – oder besser gesagt, einen großen!

Wie es der Zufall will, ist unser lieber Kollege Müller zum Dienstjubiläum leider krank geworden. Und was bedeutet das für ihn? Richtig! Kein zusätzlicher Tag Sonderurlaub für unseren Jubilar! Denn



Foto: GdPMV

schließlich kann man nicht einfach so einen Sonderurlaub nehmen, nur weil man vier Jahrzehnte treu gedient hat. Wo kämen wir denn da hin? Stellen Sie sich vor: „Herzlichen Glückwunsch, Herr Müller! Hier sind Ihre Geschenke und ... oh, warten Sie mal! Ähm, ja richtig, wir haben aber auch keinen Tag Urlaub für Sie mitgebracht, weil Sie sich – Herr Müller – entschieden haben, krank zu werden!“ Ein wahrhaft herzlicher Empfang!

Wir könnten ja auch einfach sagen: „Schauen Sie mal auf die positiven Seiten! Sie haben jetzt 40 Jahre Erfahrung im Umgang mit Enttäuschungen!“ Oder vielleicht: „Denken Sie daran, dass jeder Tag in der Landes-

polizei ein Geschenk ist – auch wenn es kein Feiertag ist!“

Aber keine Sorge, wir werden trotzdem feiern! Mit Kuchen (den wir selbst gebacken haben), einer kleinen improvisierten Ansprache des Dienststellenleiters und einem herzlichen „Danke“ an alle anderen Kollegen, die nicht krank sind. Schließlich sind sie es, die den Laden am Laufen halten!

Also lasst uns anstoßen auf 40 Jahre voller Herausforderungen und auf die unzähligen Tage in der Landespolizei – auch wenn dieser besondere Tag nicht ganz so besonders ist wie erhofft.

Prost auf Herrn Müller und seine unermüdliche Geduld!

Eure Wühlmaus



IM GESPRÄCH MIT DEM IDP NILS HOFFMANN-RITTERBUSCH

5 Strategiefelder – 34 Ober- und Unterziele

Nils Hoffmann-Ritterbusch, Inspekteur der Polizei, beleuchtet in einem aufschlussreichen Gespräch fünf zentrale Strategiefelder, die die zukünftige Ausrichtung der Polizeiarbeit prägen werden. Mit insgesamt 34 Ober- und Unterzielen wird deutlich, wie wichtig eine strukturierte und zielgerichtete Herangehensweise ist, um den Herausforderungen der modernen Sicherheitslage gerecht zu werden. Hoffmann-Ritterbusch teilt seine Perspektiven zu den strategischen Prioritäten, den damit verbundenen Maßnahmen und den Erwartungen an die Zusammenarbeit innerhalb der Polizei sowie mit der Gesellschaft.

GdP: Wie prüft die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern ihre Effektivität?

IdP: Die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern hat sich nicht erst seit den grundlegenden Arbeiten zur „Weiterentwicklung der Kriminalpolizei“ und im Projekt „Polizei 2030“ mit der Effektivität ihrer Organisation beschäftigt. Das ist und bleibt für uns eine fortdauernde Aufgabe. Jetzt haben wir aus den vorgelegten Ergebnissen der Projekte in einem guten Prozess eine Strategie mit einer Vision für die Landespolizei entwickelt, wie wir uns für das Jahr 2030 „aufstellen“ wollen, aber auch aufgestellt sein müssen, wollen wir unseren eigenen Ansprüchen gerecht bleiben. In fünf Strategiefeldern haben wir nun 34 – in Worten vierunddreißig – Ober- und Unterziele formuliert, die wir nach und nach mit Leben füllen werden. Mir ist es wichtig, diese Strategiefelder hier gleich an den Anfang zu stellen, damit man sich der Bedeutung dieses Prozesses gewahr wird. Es sind dies die Strategiefelder:

- Polizeiliche Kernaufgaben,
- Organisationsentwicklung,

- Personal,
- Digitalisierung,
- Führung und Zusammenarbeit.

Alle fünf Strategiefelder sind gleichberechtigt und gleich bedeutsam.

GdP: Haben Sie auch eine Strategie, um das Vertrauen zwischen der Polizei und der Gemeinschaft zu stärken?

IdP: Mit Verlaub: Nach meiner Wahrnehmung war das Vertrauen der Gemeinschaft und der Polizei selten so gut wie heute. Eine kleine Anekdote dazu. An einem Kriminalitätsschwerpunkt haben wir eine mobile Wache eingerichtet. Die Bürger kommen dort hin und beschenken die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Blumen und Kaffee. Das ist doch Weltklasse! Natürlich haben wir in Mecklenburg-Vorpommern auch Übergriffe auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Darum kümmern wir uns intensiv. Das ist schlimm, stellt aber das grundsätzliche Vertrauen in unsere Landespolizei nicht infrage. Wir haben eine gute Kommunikation und viel Transparenz zu allen Themen unserer Landespolizei, um das vorhandene gute



Nils Hoffmann-Ritterbusch, Inspekteur der Polizei Mecklenburg-Vorpommern

Vertrauen aufrechtzuerhalten und weiter zu stärken. Wir haben uns in den sozialen Netzwerken mit einem tollen Sozial-Media-Team gut aufgestellt. Wir haben eine „Info-Line“ in der Landespolizei und stellen so Transparenz und Kommunikation her. Ich habe zudem ein sehr erfolgreiches Format „Im Gespräch mit dem Inspekteur“, in dem sich alle Mitarbeitende mit ihren Fragen an mich wenden können.

GdP: Wie stellen Sie auch in der Zukunft die Präsenz der Polizei in der Fläche sicher?



IdP: Wir sind in der jetzigen Polizeistruktur seit 2011 unverändert. Seit dieser Zeit haben wir keine Dienststelle geschlossen oder uns aus der Fläche aus Personalmangel zurückgezogen. Vielmehr haben wir die Zahl unserer Mitarbeiter kontinuierlich erhöht, zugegebenermaßen viel langsamer, als wir es uns gewünscht hätten. An der uns zugesagten Stärke der Landespolizei von 6.183 hat die Landesregierung zu keiner Zeit gerüttelt. Unsere Aufgabe ist es, das zur Verfügung stehende Personal lageangepasst einzusetzen. Wir wollen dazu alternative Präsenzmodelle in der Fläche ausprobieren. Um Ihnen ein Beispiel zu geben: In dem renommierten Badeort Kühlungsborn unterhalten wir eine Polizeistation mit besonderen Öffnungszeiten. Macht es da nicht mehr Sinn, die Polizeistation in das Rathaus der Stadt zu bringen, als eine eigene Liegenschaft zu unterhalten? Für die Bürgerinnen und Bürger ändert sich dadurch nichts, im Gegenteil, sie haben einen zentralen Anlaufpunkt verschiedener Dienstleister. Hinzu kommt, dass wir ab 1. Juli planen, unser „Digitales Polizeirevier“ zu eröffnen, mit dem die Bürgerinnen und Bürger, wo immer, wann immer und womit auch immer mit uns in Kontakt treten können. Wir sind damit, wenn sie so wollen, sogar in ihrer Wohnstube präsent.

GdP: Wie werden Ressourcen innerhalb ihrer Polizeistruktur verteilt, und welche Kriterien liegen dieser Verteilung zugrunde?

IdP: Die Verteilung des Personals erfolgt nach einem seit Jahren bewährten Verfahren. Zunächst erfolgt eine Zuweisung von zur Verfügung stehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Behörden LKA, Wasserschutzpolizei, Bereitschaftspolizei, LPBK und die Hochschule. Die verbleibende Zahl der Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter wird unter Berücksichtigung des Kriminalitätsgeschehens, der Verkehrsunfallbelastung, der Größe des Zuständigkeitsbereiches und der Zahl der Einwohner in unterschiedlicher Gewichtung unseren beiden Polizeipräsidien zugewiesen. Zudem berücksichtigt dieses Verfahren strukturelle Besonderheiten in den Präsidien, z. B. die Anzahl der Dienststellen oder die Wahrnehmung besonderer Aufgaben. Ich möchte an dieser Stelle nicht verhehlen, dass ein nicht unbedeutender Teil unserer Polizeivollzugsbeamten und Tarifbeschäftigten in Projekte eingebunden ist, hier insbesondere im IuK-Bereich. Dieses Personal kommt auch in erheblichem Maße aus den Revieren. Das erfüllt nicht nur mich mit großer Sorge, daran müssen wir arbeiten. Wir müssen mehr Polizisten auf die Straße bringen. Wie schnell kann die Polizei auf unerwartete Krisensituationen reagieren? Sind genügend Ressourcen vorhanden, um in solchen Fällen effektiv handeln zu können? Die Landespolizei hat über Jahre Planentscheidungen vorbereitet, wie sie sich in Krisensituationen aufstellen muss. Dass wir bei allen Überlegungen dazu nur mit dem planen können, was uns zur Verfügung steht, seien es die Personalressourcen oder die Führungs- und Einsatzmittel, ist selbstverständlich. Fraglos haben z. B. die Energiemangellage oder die Coronakrise aufgezeigt, wo wir uns noch besser vorbereiten müssen und auch, wo wir noch Nachholbedarf bei FEM haben. Aber wir sind nicht allein verantwortlich in der Bewältigung von Krisen. Das Zusammenwirken mit den vielen daran beteiligten Behörden und Institutionen wird uns in die Lage versetzen, effektiv an der Krisenbewältigung zu arbeiten.

GdP: Gibt es einen „Notfallplan“ für die Umverteilung von Ressourcen in Krisenzeiten?

IdP: Richtig ist fraglos, dass sich die Bundesrepublik Deutschland insgesamt im Bevölkerungsschutz militärisch und polizeilich entsprechend den Anforderungen der Zeitenwende neu aufstellen und zusätzliche Ressourcen bereitstellen muss, hieran arbeiten Bundes- und Landesregierung. Im Übrigen gibt ja nicht die Krise oder den Notfall, insoweit kann es auch nicht den „Notfallplan“ geben. Die Polizei ist aber nach meiner Überzeugung geübt, je nach Beurteilung der Lage, die jeder Entscheidung vorausgeht, die richtigen Maßnahmen zu treffen. Gleichwohl haben wir beispielsweise für die Aufgaben, die im Zusammenhang mit dem OPLAN-Deu und der zivil-militärischen Verteidigung auf die Polizei zukommen könnten, eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Das ist ein kontinuierlicher Prozess, der uns gut auch für diesen „Notfall“ vorbereiten soll.

GdP: Sehen Sie die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern für die Zukunft gut gerüstet?

IdP: Ich bin jetzt fast 47 Jahre Polizist. Immer waren wir gefordert, uns auf die Herausforderungen der Zukunft einzustellen. Ich bin der Überzeugung, dass es uns wie in der Vergangenheit auch heute und morgen gelingen wird.

Dafür werden wir gemeinsam sorgen.

GdP: Wir danken Nils Hoffmann-Ritterbusch herzlich für die aufschlussreichen Ausführungen zu den fünf Strategiefeldern und den 34 Ober- und Unterzielen, die die zukünftige Polizeiarbeit prägen werden.

GdP MV – Landesredaktion

DP – Deutsche Polizei
Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin
Telefon (0385) 208418-10
Telefax (0385) 208418-11
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Marco Bialecki (V.i.S.d.P.)
Telefon (0385) 208418-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. links)



40 Jahre Dienst – und der Dank? Bürokratischer Irrsinn!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

40 Jahre im Dienst der Polizei – ein Leben voller Verantwortung, Schichtdienst, Überstunden und Entbehrungen. Der Staat sagt dazu: Danke! Und zwar mit einem Tag Sonderurlaub. Doch aufgepasst: Wer es wagt, zum falschen Zeitpunkt krank zu sein, hat Pech gehabt.

Ein Kollege von uns durfte diese bittere Erfahrung machen. Sein 40-jähriges Dienstjubiläum fiel in eine Zeit, in der er krankheitsbedingt ausfiel. Als er nach seiner Genesung den ihm zustehenden Sonderurlaub beantragte, wurde dieser abgelehnt. Die Sonderurlaubsverordnung (SUrlV) sieht diesen Anspruch eindeutig vor, doch eine wenig bekannte Kommentierung – nicht einmal in den offiziellen Fachhandbüchern zu finden – besagt: „Wer ab dem Tag des Jubiläums durchgehend erkrankt, verliert sein Recht auf diesen Tag.“ Über die Definition einer „durchgehenden Erkrankung“ sagt die Kommentierung natürlich nichts und es lässt sich vortrefflich darüber diskutieren – nur eben nicht auf den Rücken unserer Kolleginnen und Kollegen. Das Innenministerium MV sieht das Ganze aber sehr eng und legt fest: Innerhalb von vier Wochen nach dem Jubiläum muss der Tag genommen werden, sonst verfällt er. Wer ab dem Tag des Dienstjubiläums einen Tag zu lange krank ist – Pech gehabt.

Natürlich konnten wir das so nicht hinnehmen. Also startete eine Odyssee durch die Instanzen: Gespräche mit der Dienststelle, Rückfragen beim Innenministerium, Nachforschungen im Bundesministerium für Inneres und Heimat. Ergebnis? Fehlanzeige. Die Kommentierung bezieht sich auf eine Verordnungsbegründung, die selbst in den Ministerien erst nach langer Suche auffindbar war. Wir kontaktierten sogar die Autoren der Kommentierung, die unsere Auffassung teilten – doch die bürokratische Maschinerie hielt unbeirrt an ihrer Auslegung fest.

Noch absurder wird es, wenn man bedenkt, was die gesamte Diskussion an

Arbeitszeit verschlungen hat: unzählige Stunden für Besprechungen, Recherchen, Abstimmungen – auf Kosten der Steuerzahler. Und das alles wegen eines einzigen Tages Sonderurlaub! Dabei sind die tatsächlichen Kosten für die Abwesenheit eines Kollegen an einem Tag verschwindend gering im Vergleich zu den Ressourcen, die in die Klärung dieser Frage gesteckt wurden. Ein Paradebeispiel für deutschen Verwaltungsaufwand in Reinform.

Die Regelung wirft zudem weitere Fragen auf: Was ist mit Kollegen, die sich kurz vor oder nach ihrem Jubiläum in einem Sabbatical oder längeren Erholungsurlaub befinden? Auch hier gibt es keine klare Antwort. Die Handhabung variiert von Dienststelle zu Dienststelle. Selbst die Autoren der Kommentierung räumen ein, dass die Regelung Altersdiskriminierungspotenzial hat. Doch Konsequenzen? Keine.

Der Dienststellenleiter des Kollegen hält die Möglichkeit des Verfalls dieses Sonderurlaubstages ebenfalls für problematisch. Die Polizei hat ohnehin nur wenige Mittel, um die langjährige Treue und Leistung ihrer Beamtinnen und Beamten angemessen zu würdigen. Dass nun ausgerechnet eine unglückliche Krankheitsphase darüber entscheidet, ob jemand diese Anerkennung erhält, ist schlichtweg unverständlich.

Doch es regt sich Widerstand: Eine Petition beim Polizei- und Bürgerbeauftragten läuft bereits. Wir hoffen, dass der Druck aus der Belegschaft endlich dazu führt, dass diese absurde Praxis überdacht wird. Denn Dank und Wertschätzung dürfen nicht an willkürliche Fristen und Krankheiten gebunden sein.

Immerhin eine gute Nachricht zum Schluss: Die Jubiläumsszuwendung von 500 Euro gibt es automatisch – ohne Antragsverfahren. Zumindest in diesem Punkt bleibt uns die Bürokratie erspart. Aber wer weiß? Vielleicht kommt irgendwann noch jemand auf die Idee, auch diese Zahlung an die richtige Krankheitszeit zu koppeln. ■



Gewalt gegen Polizisten in MV nimmt weiter zu

In Mecklenburg-Vorpommern sehen sich Polizisten und Rettungskräfte bei ihren Einsätzen immer häufiger Widerständen und Angriffen ausgesetzt. Innenminister Christian Pegel (SPD) bezeichnete den Trend als alarmierend. Nach seinen Angaben wurden im Vorjahr 1.103 solcher Delikte registriert. Das seien 89 Fälle oder knapp neun Prozent mehr gewesen als im Jahr davor.

Wie Pegel weiter mitteilte, richtete sich die Gewalt in 96,2 Prozent der Fälle gegen Polizistinnen und Polizisten. Die Zahl der betroffenen Beamten hat sich laut Kriminalstatistik von 2020 bis zum vergangenen Jahr fast verdoppelt: von 1.322 auf den neuen Höchstwert von 2.480. Ähnlich war die Steigerungsrate bei Rettungskräften. Dort stieg die Zahl der Betroffenen im gleichen Zeitraum von 46 auf 98. „Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten, Feuerwehrleute und Rettungsdienste sind keine spontanen Ausbrüche – sie sind gezielte Respektlosigkeit gegenüber dem Staat“, sagte Pegel.

„Wir werden zum Blitzableiter für den Frust“, sagt Christian Schumacher, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Er beobachtet eine immer aggressivere Art. „Wo früher Fäuste flogen, fliegen heute Böller oder es kommen Messer zum Einsatz“, so der Gewerkschafter.

Unter anderem am Rande von Fußballspielen kam es immer wieder zu Gewalt gegen Polizisten, aber auch im Alltag, wie im Sommer 2024 in Greifswald. Dort war ein Polizeibeamter durch mehrere Personen angegriffen und schwer misshandelt worden. Den Ermittlungen zufolge stand der Angriff in direktem Zusammenhang mit der dienstlichen Tätigkeit des 28-Jährigen. „Solche Angriffe dürfen niemals als akzeptabel angesehen werden“, sagte der Minister.

Angriffe auf Polizisten dürften nicht als „Berufsrisiko“ abgetan werden. „Wir müssen als Gesellschaft zu dem Konsens kommen, dass Gewalt abzulehnen ist“, fordert Schumacher. ■



STUDIE ZU PHÄNOMEN PRÄSENTISMUS

Zwei Drittel der Arbeitnehmer gehen krank zum Job

In Wirtschaft und Politik wird vielfach die mangelnde Leistungsbereitschaft vieler Deutscher beklagt. Eine Studie des DGB legt nun etwas anderes nahe. Demnach arbeiten viele Menschen sogar, obwohl sie krank sind. Und das Phänomen des sogenannten Präsentismus nimmt spürbar zu.

Zwei von drei Arbeitnehmern in Deutschland arbeiten auch dann, wenn sie krank sind. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Untersuchung des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) unter 7.000 Befragten, die der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) vorliegt. 63 Prozent gaben demnach an, im vergangenen Jahr trotz einer Erkrankung mindestens einen Tag lang gearbeitet zu haben. 44 Prozent sagten, sie hätten sogar eine Woche oder länger krank gearbeitet.

Dem DGB zufolge hat damit der sogenannte Präsentismus – das Phänomen, wenn Beschäftigte trotz Krankheit arbeiten – in den vergangenen drei Jahren stark zugenommen. 2021, auf dem Höhepunkt der Coronapandemie, hatten nur 48 Prozent der Befragten angegeben, mindestens einen Tag krank bei der Arbeit gewesen zu sein.

Dem DGB zufolge gehen Beschäftigte in eher prekären Arbeitsverhältnissen besonders häufig krank zur Arbeit. Das betrifft etwa Reinigungskräfte: 77 Prozent von ihnen geben an, im vergangenen Jahr mindestens einen Tag trotz Erkrankung gearbeitet zu haben; 57 Prozent von ihnen eine Woche oder länger. Höhere Werte finden sich auch in Branchen, die von Personalmangel gekennzeichnet sind, etwa bei Erziehern und Lehrerinnen, wo 76 Prozent im Jahr 2024 zeitweise krank arbeiteten, oder in Gesundheitsberufen, wo es 69 Prozent waren. Auch bei den Beschäftigten am Bau lag die Zahl derer,

die krank zur Arbeit gingen, mit 65 Prozent über dem Durchschnitt.

Unabhängig von der Branche erhöhen dem DGB zufolge schlechte Arbeitsbedingungen die Wahrscheinlichkeit, trotz Krankheit dem Job nachzugehen. Menschen, die sich beispielsweise Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen, gehen in großer Zahl auch krank zur Arbeit. In der Untersuchung bejahen dies 82 Prozent. Unter denjenigen, die sagen, bei ihrem Arbeitgeber herrsche eine „schlechte Betriebs-

kultur“, sind es 81 Prozent. Außerdem arbeiten 79 Prozent derjenigen zeitweise krank, die das Gefühl haben, ihre Arbeitslast habe im vergangenen Jahr sehr stark zugenommen.

Tesla-Chefs besuchen kranke Mitarbeiter zu Hause

Aus Sicht von DGB-Chefin Yasmin Fahimi zeigen die Zahlen, „dass die Debatte um die angeblich so faulen und ständig krankfeiernden Arbeitnehmer nichts anderes ist als ein Angriff auf die hart erkämpften Errungenschaften der Beschäftigten“. Die Diskussion sei „ein Schlag ins Gesicht der Betroffenen, die sich etwa aus Angst vor Arbeitsplatzverlust trotz Krankheit zur Arbeit schleppen“.

Im vergangenen Jahr hatten Hausbesuche des Geschäftsführers und Personalchefs von Tesla bei kranken Mitarbeitern für Diskussionen gesorgt. Nachdem vielfach Kritik am Vorgehen laut wurde, verteidigten sich André Thierig und Erik Demmler. Man sei nicht gekommen, um Forderungen zu stellen oder Kritik zu üben. Man habe nur fragen wollen „Wie geht es dir? Können wir dir irgendwie helfen?“, erklärten sie. Wenige Tage später erklärte sogar Tesla-Chef Elon Musk, sich in Grünheide ein Bild von der Situation machen zu wollen.

Fahimi warnt erneut: Krank zu arbeiten, schade nicht nur der eigenen Gesundheit, sondern gefährde auch die Kolleginnen und Kollegen. „Deshalb ist Präsentismus auch wirtschaftlich schädlich.“

Im Januar hatte Allianz-Chef Oliver Bäte angesichts des hohen Krankenstands in Deutschland gefordert, den bis Anfang der 1970er-Jahre geltenden Karenztag wieder einzuführen. Arbeitnehmer sollten demnach für den ersten Tag ihrer Krankmeldung keinen Lohn mehr erhalten. ■

Quelle: ntv.de, Auszug aus ntv-Meldung





DEBATTE UM WOCHENARBEITSZEIT

Wochenarbeitszeit statt Tageslimit: Gewerkschaften warnen vor Risiken

Zwölf Stunden am Stück arbeiten und dann eineinhalb oder zwei Tage freimachen? Union und SPD sind der Ansicht, dass das für manche Arbeitnehmer und so manche Chefin ein attraktives Modell sein könnte. Sie wollen die Regelungen in Deutschland anpassen: Weg vom Tageslimit, das derzeit bei zehn Stunden liegt, und hin zu einer maximalen Wochenarbeitszeit. Viel Sympathie für den Vorschlag gibt es auf der Arbeitgeberseite – von den Gewerkschaften kommt dagegen Kritik.

Union und SPD müssen in ihren Sondierungen auch nach Lösungen für eine schwächelnde Wirtschaft suchen – dabei aber nur die Arbeitgeberseite in den Blick zu nehmen, das sei zu kurzfristig und nicht sehr fair, findet Anja Piel, Vorstandsmitglied beim Deutschen Gewerkschaftsbund. Sie sagt deshalb: Finger weg vom Arbeitszeitgesetz.

Piel fügt hinzu: „Wir haben gesicherte arbeitswissenschaftliche Ergebnisse, die ganz klar zeigen, dass alles, was über den normalen Achtstundentag hinausgeht, gesundheitsschädigend ist und viele Risiken für die Beschäftigten birgt.“

Gesundheitliche und soziale Risiken

Dirk Schulze, Bezirksleiter der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen, schließt sich an. In der Industrie seien längere Arbeitstage gar nicht realistisch, weil Tätigkeiten oft körperlich so anstrengend seien, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter

sie nicht über viele Stunden ausüben könnten. Außerdem fallen ihm Betriebe und Konstellationen ein, wo die Regelung missbraucht werden könnte: wo es keinen Betriebsrat, keine Betriebsvereinbarung über Höchstarbeitszeiten oder über Schichtmodelle gebe, insbesondere in Bereichen wie Gastronomie und Pflege, wo auch ständig Personalbedarf sei. Genau in diesen Branchen sehen die Arbeitgeber dagegen Vorteile in der Wochenarbeitszeit-Regelung. Sandra Warden, Geschäftsführerin des Gastroverbands DEHOGA und Arbeitsmarktexpertin, sagt, ihr Verband unterstütze den Vorschlag: „So bekommen Hotels, Restaurants, Caterer und ihre Mitarbeitenden flexiblere Möglichkeiten, die Arbeitszeiten miteinander zu vereinbaren.“

Erfahrungen aus der Praxis

In der Pflege habe man damit während Corona schon Erfahrung gesammelt, berichtet Isabell Halletz, Geschäftsführerin beim

Arbeitgeberverband Pflege. Damals sei es möglich gewesen, ausnahmsweise von der Höchstarbeitszeit abzuweichen, und das habe positive Effekte fürs Personal gehabt. Halletz sagt: „Die Mitarbeiter sind tatsächlich sehr verantwortungsvoll mit dem zusätzlichen Gestaltungsspielraum umgegangen. Und sie hatten das Gefühl, die Arbeitszeit selbst und individuell festlegen zu können.“ Und René Glaser, Geschäftsführer beim Handelsverband Sachsen, fügt hinzu: „Aktuell haben wir eine sehr starre Regelung zur täglichen Höchstarbeitszeit, die aus unserer Sicht den Anforderungen der digitalisierten und auch der vernetzten Arbeitswelt immer weniger gerecht wird.“

Kritik aus der Wissenschaft

Wochenarbeitszeit statt Tagesarbeitszeit – ist das also eine Verbesserung oder eine Verschlechterung? Den Blick von außen auf das Thema hat Professor Daniel Ulber, Arbeitsrechtsexperte von der Universität Trier. Und der sieht das Vorhaben kritisch. Er sagt: „Verbesserungen gibt es insbesondere für Arbeitgeber, die bislang nicht in der Lage waren, eine funktionsfähige Personalplanung zu betreiben und deswegen damit überfordert gewesen sind, ihre Beschäftigten adäquat in der Woche verteilt einzusetzen.“ An die gesetzlichen Ruhezeiten hielten sich Betriebe teils schon jetzt nicht. Das Limit von zehn Stunden am Tag sei eine zweite Schranke – und für viele Menschen greifbar und leicht zu merken. Wenn diese Schranke falle, bestehe die Gefahr, dass Beschäftigte übermäßig viel arbeiten müssten, so Ulber. Und dass ihr Privatleben leide. Denn schon heute müssten sie oft einen großen Teil des Tages und auch zu Hause für dienstliche Mails und Anrufe verfügbar sein.

Sophia Spyropoulos, MDR AKTUELL



Sitzung des Landesvorstandes

Am 5. März 2025 fand die Sitzung des Landesvorstandes in Rostock statt, bei der zentrale Themen für die kommenden Jahre diskutiert wurden.

Im Mittelpunkt der Sitzung standen der Jahresabschluss 2024 sowie der Haushaltsplan für 2025. Der Jahresabschluss wurde eingehend analysiert und zeigt sowohl positive als auch negative Entwicklungen im Vergleich zum Vorjahr. Die Mitglieder des Vorstandes waren sich einig, dass die Ergebnisse als Grundlage für zukünftige Entscheidungen dienen sollten.

Ein weiterer wichtiger Punkt war der Haushaltsplan für 2025. Der Entwurf wurde vorgestellt und nach intensiver Diskussion genehmigt. Dabei wurden Prioritäten für Investitionen und Projekte festgelegt, um die Ziele des Landesverbandes zu erreichen. Zusätzlich wurde die Mitgliederentwicklung thematisiert. Der Vorstand erörterte aktuelle Trends in der Mitgliederzahl und entwickelte Strategien zur Gewinnung neuer Mitglieder sowie zur Bindung bestehender Mitglieder. Danke in diesem Zusammenhang an unsere PVAG. ■



Foto: GdPMV

Genießen Sie den Ruhestand

Am 28. März 2025 haben wir einen besonderen Moment erlebt, als wir den geschätzten Präsidenten des Polizeipräsidiums Neubrandenburg, Thomas Dabel, bei einer feierlichen Veranstaltung in den Ruhestand verabschiedet haben.

Wir danken ihm herzlich für seine Arbeit und wünschen ihm alles Gute für seinen neuen Lebensabschnitt! Genießen Sie die wohlverdiente Zeit im Ruhestand, Herr Präsident! ■



Foto: GdPMV